

Erweiterung erfahren. Mit dem Braunkohlenwerk Roddergrube hat es weiterhin einen Betriebsgemeinschaftsvertrag für die Dauer von zwanzig Jahren abgeschlossen und eine Dividendengarantie übernommen. Die »vertikalen« Ausdehnungsbestrebungen des Stinneskonzerns ins Bereich gewisser verarbeitender Industrien sind in politischer Hinsicht von ganz besonderem Interesse. Der Stinneskonzern hat nämlich die Aktienmajoritäten der Königsberger Zellstoff Aktiengesellschaft und der Norddeutschen Zellulosefabriken Aktiengesellschaft erworben. Er hat ferner die Berliner Lohndruckerei W. Bürenstein aufgekauft und in die Firma Buch- und Zellstoffgewerbe Hugo Stinnes G. m. b. H. eingebracht. Überdies kaufte Stinnes, wie bekannt ist, die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlags-Aktiengesellschaft, die Verlegerin der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« und der »Industrie- und Handelszeitung«. Vielleicht gedenkt Herr Stinnes auf diese Weise auch die »öffentliche Meinung« seinem Konzern anzugliedern. Im Zeitalter der politischen Demokratie kann eben auch die ökonomische Macht einzelner auf die Dauer nur auf dem sicheren Grunde politischer Massenideologien verankert werden. Der Majoritätserwerb von Aktien der Loeb-Automobilwerke in Charlottenburg deutet darauf hin, daß Stinnes auch den Willen hat, in der Automobilindustrie festen Fuß zu fassen. In Gemeinschaft mit der Hamburg-Amerika-Linie errichtete ferner Stinnes die Hamburger Verkehrs-Aktiengesellschaft, die Besitzerin von Hotels in Berlin (Esplanade), Hamburg, Frankfurt a. M. usw. An der Woermann- und Ostafrika-Linie beteiligte sich Stinnes zusammen mit der Hamburg-Amerika-Linie schon im Kriege. An Werftbeteiligungen besitzt der Stinneskonzern seit langem die »Nordseewerft« in Emden durch die Deutsch-Luxemburg, und die Velsenkirchener errichtet in Flensburg eine eigene Schiffswerft. Stinnes hat auch mit den Metallwerk-Aktiengesellschaften in Olpe und Eveking Beziehungen angeknüpft und sich weiter an Aluminium-Neugründungen beteiligt, während die Interessengemeinschaft als solche bisher nicht über die für die Elektroindustrie so notwendigen Kupfer- und Messingwerke verfügte. Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist der Stinneskonzern ebenso auch wie die anderen Konzerne, die wir in einem später folgenden Beitrag behandeln wollen, noch lange nicht am Ende seiner Entwicklung angelangt.

Wie sieht's in Irland aus?

Von Heinrich Cunow

(Schluß)

2. Die irische Nationalregierung

Tatsächlich gibt es heute zwei Regierungen in Irland: die offizielle englische Militärregierung in Dublin und die illegale republikanische Nationalregierung der Sinn-Feiner. Nach der letzten allgemeinen englischen Parlamentswahl weigerten sich bekanntlich die in Irland gewählten Abgeordneten der Sinn-Fein-Richtung, ihre Sitze im englischen Unterhaus einzunehmen; sie gründeten vielmehr mit anderen hervorragenden nationalistischen Führern zusammen die bereits im vorausgegangenen Artikel erwähnte Dail Eireann genannte irische Nationalregierung. Wenn die Sinn-Feiner von ihrer Regierung sprechen, meinen sie fast stets diese illegale irische Re-

gierung; die englische wird von ihnen nur noch so weit respektiert, als sie durch das englische Militär und die englische Militärpolizei dazu gezwungen werden. Diese irische Regierung erfreut sich denn auch in großen Teilen Irlands einer weit größeren Autorität als das in Dublin Castle sitzende englische Gouvernement.

Wahrscheinlich mit mancher mit der jüngsten politischen Entwicklung Irlands Unbekannte annehmen, daß diese Nationalregierung nur ein Scheinleben führt und keinerlei andere Machtmittel besitzt als einen im geheimen ausgeübten Terror. Das ist unrichtig. Die irische Nationalregierung hat nicht nur einen geheimen Verwaltungsdienst eingerichtet, sondern auch ihre eigene irische Polizei und ihre eigenen Gerichtshöfe, die in den rein nationalistischen Gegenden Süd- und Westirlands meist gut funktionieren und bei ihren Rechtshandeln sogar oft von Engländern in Anspruch genommen werden.

Ich möchte mich auch in diesem Fall, um nicht den Anschein der Voreingenommenheit oder der Übertreibung zu erwecken, auf die Bericht englischer Politiker in englischen Zeitschriften berufen. So berichtet zum Beispiel Basil Williams in der letzten Nummer von »New Europe« über diese Sinn-Fein-Regierung:

Ihren erwählten Vertretern ist es verboten, sich zu versammeln. Einige sind in den Kämpfen erschossen worden; manche von ihnen sitzen im Gefängnis oder werden von der Justiz verfolgt. Die Sinn-Fein-Organisation, zu der eine große Mehrheit der irischen Bevölkerung gehört, ist für ungesetlich erklärt worden, und die Versuche dieser irischen Regierung, Gesetze auszuführen und die Mittel zu studieren, die Lebensverhältnisse des Volkes zu verbessern oder die gewöhnlichen Verrichtungen einer Regierung zu erfüllen, werden als Verrätereien behandelt. Diese irische Regierung hat auch keine regelmäßigen Einkünfte; sie ist, um ihre Arbeiten ausführen zu können, lediglich auf unbezahlte Freiwillige und auf die freiwilligen Beiträge angewiesen, die in Irland oder von den Iren jenseits des Ozeans beigefeuert werden.

Dennoch, obgleich die Sinn-Fein-Regierung außerhalb des Gesetzes steht und wie Jagdwild gehehrt wird, lebt sie nicht nur weiter, sondern verrichtet auch, wie Mr. Williams sagt, teilweise ihre Funktion mit beträchtlichem Geschick:

Sie hat ihre eigene republikanische Polizei, deren Mitglieder gewärtig sein müssen, festgenommen oder niedergeschossen zu werden, wenn sie bei der Ausführung ihres Werkes von der rivalisierenden (englischen) Polizei oder dem Militär angetroffen werden, und doch ist diese Polizei (der Sinn-Feiner) in manchen Teilen Irlands die einzige Macht, die fähig und willens ist, die gewöhnlichen polizeilichen Pflichten der Verhütung und Aufdeckung von Verbrechen zu erfüllen. Sinn-Fein hat auch seine eigenen republikanischen Gerichtshöfe, vor denen nicht nur Kriminalfälle verhandelt, sondern vor die auch oft freiwillig von Privatpersonen ihre zivilen Streitigkeiten gebracht werden. In Kriminalfällen scheinen die abgegebenen Urteile und die festgesetzten Strafen dieser Gerichte gewöhnlich als berechtigt hien- teile und die festgesetzten Strafen dieser Gerichte gewöhnlich als berechtigt hien- Strafbefehle zu erlassen, die Rückgabe von gestohlenen Gütern sowohl an Unionisten¹ wie an andere Personen zu erzwingen und sogar die Verbannung von der Grünen Insel auszusprechen. Sie haben auch die Schließung der Wirtschaften zu

¹ Die konservativen und gemäßigt liberalen Anhänger des Vereinigbleibens Irlands mit England.

bestimmten Stunden durchgefesht. Unerlaubte Destillationen werden auf ihre Verfügung hin zerstört und der Trank in die Flüsse gegossen. Selbst dem Viehwegtreiben (von den Gütern der Landlords) haben sie in manchen Fällen Einhalt getan. Es fehlt sogar nicht an Beispielen, daß in privaten Streiffällen auch die Unionisten sich an solche Gerichte gewendet haben, teils weil diese sich eines allgemeinen Vertrauens erfreuen, teils weil sie oft die einzigen Gerichtshöfe sind, die die Fähigkeit besitzen, die Beachtung ihrer Entscheidungen durchzusetzen.

Solche Zustände dünken manchen vielleicht geradezu unwahrscheinlich; doch werden sie von den verschiedenen Seiten besätigt, und zwar von Engländern. Auch der bereits im ersten Artikel erwähnte Lord Monteaale rühmt in seinem Aufsatz über das irische Problem (Septemberrnummer der »Contemporary Review«) die Tätigkeit der Sinn-Fein-Gerichtshöfe. Nachdem er auseinandergesetzt hat, wie mit dem Verfall des alten Polizeiwesens auch die englische Strafrechtspflege und selbst die Ziviljustiz in Irland zusammengebrochen ist, fährt er fort:

Während so das Polizeisystem zusammenbrach und das Justizsystem mehr und mehr gelähmt wurde, hat Sinn-Fein in drei Vierteln von Irland zunächst Schiedsgerichte und darauf nach und nach Zivil- und Kriminalgerichte errichtet — Gerichte, die ihre Autorität von der irischen Regierung herleiten und, wenn nicht de jure, doch de facto Strafen verhängen, Bestrafungen vollziehen und Rechtsentscheide fällen.

Ferner aber hat Sinn-Fein sich eine eigene Polizei geschaffen, deren Tätigkeit sich besonders auf die Verhütung und Entdeckung von Diebstählen, Einbrüchen, Pöbelegessen und ferner auf die Ausführung der von den Sinn-Fein-Gerichten erlassenen Befehle richtet.

Natürlich sind diese Handlungen der »Regierung« usurpatorische Akte, und obgleich manchmal allem Anschein nach die Behörden recht gern darüber hinwegsehen würden, werden sie häufig von der Militärpolizei unterdrückt oder durchkreuzt und müssen daher unter großen Schwierigkeiten ausgeführt werden. . . .

Die Sinn-Fein-Gerichte lassen sich nicht so leicht unterdrücken, aber auch sie sind gezwungen worden, »unterirdisch« zu verhandeln.

Das Bemerkenswerte, sowohl was diese Gerichtshöfe als die Polizei anbelangt, ist ihr großer Wirkungskreis. Auch Landlords, Viehzüchter, Ladenbesitzer und Farmer haben häufig freiwillig diese Gerichte angerufen, die Richtigkeit ihrer Entscheidungen anerkannt und ihren Dank für die Durchführung der betreffenden Verfügungen durch die Sinn-Fein-Polizei ausgesprochen.

Wo die englische Militärpolizei und die illegale irische Sinn-Fein-Polizei in den politisch aufgeregten Distrikten nebeneinander »arbeiten«, fehlt es natürlich nicht an blutigen Reibereien; in den ländlichen Gegenden, wo die Militärpolizei fehlt und die Sinn-Fein-Polizei allein den »Dienst« versieht, soll es dagegen, wie von Reisenden versichert wird, durchaus friedlich hergehen. So berichtet zum Beispiel in der von J. Ramsay Macdonald herausgegebenen »Socialist Review« (Oktober-Novemberheft) Margaret Newbould, die als Touristin von Cork an der Küste entlang nach Schull und von dort nordwärts über wenig begangene Gebirgspfade nach Killarney gewandert ist, daß sie, obgleich sie durch ihren Dialekt sofort als Engländerin erkannt wurde, überall die freundlichste Aufnahme gefunden hat:

»In jenen drei herrlichen Wochen«, schrieb sie, »habe ich keinen einzigen Unionisten getroffen. Sogar der Protestant vergißt die Religion über die neue Bewegung und hat anscheinend keine Furcht mehr vor »Roms Herrschaft«. Diese Ein-

fracht ist ebenföhr durch das Versagen der englischen Regierung wie durch den Abscheu vor ihrer Methode hervorgerufen. So sehr auch so ein irischer Protestant sticheln und höhnen mag über die ‚gaelische Erneuerung‘, kommt er doch am Ende seiner Wühelei zu dem Schlusse: ‚Aber ihr Engländer habt niemals Irland regiert und werdet das auch niemals; warum könnt ihr uns denn nicht allein lassen?‘ Das ist tatsächlich alles, was wir für Irland tun können.«

Die Verfasserin hat recht. Das beste, was England heute tun kann, wäre, Irland sich selbst zu überlassen. Halbe Homerule-Jugeständnisse vermögen Irland nicht mehr zu befriedigen. Die jahrhundertelange Mißwirtschaft Englands auf Erins Boden hat abgewirtschaftet. Die englische Autorität ist völlig dahin. Nur durch Anwendung der brutalsten Militärgewalt vermag England äußerlich noch den Anschein aufrechtzuerhalten, als regiere es in Irland. Allerdings wäre für Englands Welt Herrschaft die Konstituierung Irlands als selbständige »Irische Republik« ein Riesenverlust.

Die Frauen und die Partei

Ein Nachtrag zum Kasseler Parteitag

Von Henni Lehmann (Göttingen)

Auf dem Parteitag in Kassel berichtete Marie Juchacz, daß die Zahl der in der Partei organisierten Frauen zurückgegangen sei, während auf dem Frauentag von verschiedenen Seiten der Wunsch ausgesprochen wurde, die Frauen stärker herangezogen zu sehen zu verantwortlichen Stellen. Bei Wahlen müßten den Frauen auf den Listen mehr und sicherere Plätze eingeräumt werden, und ferner sei es nötig, mehr Parteisekretärinnen anzustellen. Vor allem aber müßten die in der Partei arbeitenden Frauen in Fühlung zueinander gebracht werden. Dieser Wunsch nahm stellenweise sogar die Form einer Anklage an.

Die Frage des Verhältnisses der Frauen zur Partei ist ernsthaft genug, um auf Grund solcher Forderungen ein genaues Durchdenken nötig zu machen. Zunächst ist die Frage zahlenmäßig von Belang. Wir haben etwa anderthalb Millionen mehr Frauen als Männer in Deutschland. Die Frauenstimmen vermögen daher bei den Wahlen den Ausschlag zu geben. Nun haben wir es bei den letzten Reichstagswahlen erlebt, daß, da man an einzelnen Orten (Köln, Hannover) Frauen- und Männerstimmen getrennt zählte, ein Überschuß der Frauenstimmen über die Männerstimmen festgestellt wurde bei der Zentrumspartei und den Deutschnationalen. Bei allen anderen Parteien blieb die Zahl der Frauenstimmen hinter der der Männerstimmen zurück. Wenn man auch bei den Zentrumswählerinnen diese Erscheinung erklärt aus dem starken persönlichen Einfluß der Geistlichen, so ist doch kaum anzunehmen, daß bei der Stimmenabgabe für die Deutschnationalen der kirchliche Einfluß ebenfalls von erheblicher Bedeutung war. Es ist dort aber gelungen, die große Zahl der Wählerinnen in ein stärkeres Verhältnis zur Partei zu setzen und sie organisatorisch besser zu erfassen.

Die organisatorische Erfassung der proletarischen Frauen, denn um diese handelt es sich in erster Reihe, sollte bei der Art unserer Parteiorganisationen eigentlich nicht allzu schwer sein. Dennoch gelang sie bisher nicht. Wer Gelegenheit hat, viel in kleineren Orten und auf dem Lande zu